
2989/AB XXII. GP

Eingelangt am 11.07.2005

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Anfragebeantwortung

DAS ZUKUNFTSMINISTERIUM

bm:bwk

**Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft
und Kultur**

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol
Parlament

1017 Wien

GZ 10.000/0054-III/4a/2005

Wien, 11. Juli 2005

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2990/J-NR/2005 betreffend Kooperationskonzept von Universität Klagenfurt und Pädagogischer Akademie Klagenfurt, die die Abgeordneten Mag. Melitta Trunk, Kolleginnen und Kollegen am 11. Mai 2005 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Ad 1.:

Die Begutachtung des Gesetzesentwurfs ist für Herbst 2005 vorgesehen.

Ad 2. bis 4.:

Das Akademien-Studiengesetz 1999 (AStG) sieht die Zusammenführung aller AStG-Institutionen zu Pädagogischen Hochschulen vor. Daher werden auch am Standort Klagenfurt die AStG-Institutionen zu einer Pädagogischen Hochschule zusammengeführt.

Das vorgeschlagene Kooperationsprojekt sieht hingegen eine Integration der AStG-Akademien in die Universität Klagenfurt vor und entspricht daher nicht den gesetzlichen Vorgaben des AStG.

Kooperationen der zukünftigen Pädagogischen Hochschule mit anderen Bildungseinrichtungen des tertiären Bereichs sind sinnvoll und erwünscht, weshalb auch eine Kooperation der zukünftigen Pädagogischen Hochschule in Klagenfurt mit der Universität Klagenfurt zu begrüßen wäre.

Ad 5. bis 7.:

Am 10. Mai 2005 fand eine Sitzung des Bildungsausschusses des Kärntner Landtages statt. Im Rahmen dieser Sitzung wurden der dort geladenen Expertin des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Anwesenheit der Amtsführenden Präsidentin des Landes-schulrates für Kärnten die Vorstellungen des Bildungsausschusses des Kärntner Landtages vor-gebracht.

Der Landeshauptmann von Kärnten, Herr Dr. Haider, hat in einem Schreiben vom 30. Oktober 2003 darauf hingewiesen, dass Kärnten als Standort für eine Pädagogische Hochschule erhalten bleiben soll, insbesondere wegen der bestehenden Verpflichtung gegenüber der slowenischen Minderheit in Kärnten.

Der Bürgermeister der Stadt Klagenfurt, Herr Dkfm. Scheucher, hat in einem Schreiben vom 30. Juli 2003 um den Verbleib der Pflichtschullehrer/innen/bildung im bisherigen Rahmen in Klagenfurt ersucht.

Beide Schreiben wurden von mir dahingehend beantwortet, dass die Ersuchen bei der Erstellung des Gesetzes für Pädagogische Hochschulen in entsprechendem Maße Berücksichtigung finden werden.

Das nun im Entstehen begriffene Gesetz sieht in Kärnten deshalb eine öffentliche Pädagogische Hochschule vor.

Die Bundesministerin:

Elisabeth Gehrler eh.